

Zerfall der Weltordnung

REZENSENT:IN

Andreas Novy*

WERK

Kaczmarczyk, Patrick (2026).

Zerfall der Weltordnung.

Die Ignoranz des Westens und der Aufstand des Globalen Südens.

Neu-Isenburg, Westend. 224 Seiten. Taschenbuch. 25,50 EUR.

ISBN 978-3-9879134-5-7

ZUSAMMENFASSUNG

Kaczmarczyk analysiert in dem Buch den Zerfall der Weltordnung und kritisiert westliche Doppelstandards in Politik, Handel und Entwicklung. Fortschritte im Globalen Süden werden relativiert, während globale Finanzmärkte als zentrale Krisenursache erscheinen. Gefordert wird eine Abkehr vom Marktliberalismus zugunsten einer multipolaren Weltordnung mit stärkerer staatlicher Rolle und internationaler Kooperation.

DOI

10.59288/wug522.145–149

Das neue Buch von Patrick Kaczmarczyk ist eine Kritik der öffentlichen Debatte über die Krise der aktuellen Weltordnung. Patrick Kaczmarczyk ist Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Mannheim und Autor von „Surplus“, dem neuen deutschen Wirtschaftsmagazin. „Der Zerfall der Weltordnung“ schließt an seine früheren Bücher „Kampf der Nationen“ (2022) sowie „Raus aus dem Ego-Kapitalismus“ (2023) an, wobei sich die Analyse in „Zerfall der Weltordnung“ auf globale Zusammenhänge konzentriert.

Nach einem Vorwort von Heiner Flassbeck gliedert sich das Buch in sechs Kapitel. Das einführende analysiert die aktuelle Situation, wobei schon der erste Satz die Ausgangslage formuliert: „Die Weltordnung zerfällt vor unseren Augen“ (11).

* **Andreas Novy:** Wirtschaftsuniversität Wien
Kontakt: andreas.novy@wu.ac.at

Symptome sind COVID-Pandemie, Krieg in der Ukraine und Gaza sowie die durch US-Präsident Trump verursachten Verwerfungen und die dadurch produzierten Reaktionen. Scheinbar ist die Zeit vorbei, in der die westlichen Länder schalten und walten konnten, wie es ihnen gefiel. Das Buch liefert eine systematische Kritik der westlichen „Heuchelei und Doppelstandards“ (19), die die Glaubwürdigkeit des Westens untergraben haben, zum Beispiel beim skrupellosen nationalen Egoismus bei der Verteilung von Impfstoff im Zuge der COVID-Pandemie.

Chang (2010) folgend zeigt Kaczmarczyk die „industriepolitischen Doppelstandards“ (21 ff.) des Westens auf. Er erinnert an Alexander Hamilton, den Begründer des US-Protektionismus, der wiederum vom britischen Premierminister Robert Walpoles inspiriert war, der im 18. Jahrhundert Protektionismus praktizierte. Diese Politik propagierte auch Friedrich List, was in die Schutzzollpolitik Bismarcks mündete. Bezogen auf die US-Wirtschaft beklagte sich ein Zeitzeugen im 19. Jahrhundert: „[D]er Einfuhrzoll [...] lag [...] über 30 Prozent. [...] Ausländische Firmen [...] beklagen sich über Diskriminierung. [...] [G]eistiges Eigentum wird nur unzureichend geschützt“ (22). Selbst die USA und Deutschland wurden durch Protektionismus mächtig: „Der Wohlstand der reichen Staaten fußt auf der Grundlage des Protektionismus“ (25). Doch genau diese Politik versucht der Westen den Staaten des Globalen Südens zu verbieten, ein Musterbeispiel für Doppelstandards, wo doch der Westen bis heute am eigenen Agrarprotektionismus festhält.

Die folgenden Kapitel analysieren zuerst die Entwicklung der globalen Armut, indem gezeigt wird, dass die teilweise durchaus beachtlichen Fortschritte globaler Entwicklung (z. B. steigende Lebenserwartung und sinkende Analphabetenrate) im Wesentlichen vier asiatischen Ländern zu verdanken sind: China, Indien, Indonesien und Vietnam. Wiewohl sich die Länder des Globalen Nordens oftmals als „Samariter der Welt“ inszenieren, wie Kaczmarczyk anhand der deutschen Debatte zeigt, ist Entwicklungshilfe „weder das Problem noch die Lösung“ (86). Vielmehr sind es die globalen Finanzmärkte, die „Krise als Normalzustand“, so der Titel von Kapitel 5, zur Folge haben – und deren Reform überfällig ist. Im abschließenden Kapitel skizziert der Autor die Grundzüge einer neuen Weltordnung, wissend, dass die Umsetzung dieser Vorschläge angesichts der aktuellen Machtverhältnisse unwahrscheinlich ist.

Da die politische Debatte in Deutschland, aber auch in Österreich, durch eine starke Tendenz zur Nabelschau charakterisiert ist, ist die Lektüre dieses faktenreichen Buches über internationale Entwicklungen sehr empfehlenswert, sowohl für Fachleute als auch für Interessierte, die sich rasch mit wichtigen Aspekten dieser Problematik vertraut machen wollen. Genau deshalb habe auch ich das Buch mit Gewinn gelesen. Meine Kritik an diesem Buch bezieht sich nicht auf dessen Inhalte, die ich fast zur Gänze teile. Jedoch orte ich Unschärfen in der Argumentation, die direkte Auswirkungen auf Analyse und politische Praxis haben. Diese zu thematisieren soll zur Belebung der deutschsprachigen Debatte über globale Entwicklungen beitragen. Aufzeigen möchte ich meine Kritik anhand von zwei Begriffen aus dem Untertitel des Buches: „Ignoranz“ und „Westen“.

Für mich persönlich ist die größte Erkenntnis aus diesem Buch, dass ich den Begriff „Westen“ aus meinem Vokabular streichen möchte, wenn der Begriff ein Subjekt bezeichnet, also jemanden, der handeln soll. In diesem Sinne ist meiner Meinung nach der „Westen“ tot, und dieser Tod der transatlantischen Allianz ist keinesfalls eine schlechte Nachricht. Ein Gutteil der empirischen Analyse Kaczmarczyks untermauert dies. Das gilt zuallererst für die globale Finanzarchitektur und die damit verbundene finanzielle Abhängigkeit des Globalen Südens durch Verschuldung, sowohl Staatsverschuldung als auch Verschuldung gegenüber dem Ausland. Abhängigkeiten verstärkende Akteure sind hierbei der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank, in denen die NATO-Staaten Nordamerikas und Europas die Mehrheit haben, obwohl sie nur einen kleinen Teil der Weltbevölkerung repräsentieren. Der „Westen“ als Subjekt, das sind hier die reichen und militärisch dominanten Nationen.

Tatsächlich ist der IWF bis heute handlungsfähig, wie die großzügige Förderpolitik gegenüber Javier Milei, Argentiniens marktliberalem Präsidenten, zeigt. Doch diese Politik dient nicht dem „Westen“, sonst hätte nicht ein Gutteil des vom Westen dominierten IWF-Direktoriums massive Bedenken gehabt (163). Die Stützung Mileis war vor allem im Interesse Donald Trumps. Ohne IWF-Kredit wäre Milei heute vermutlich nicht mehr Präsident, und die USA hätten einen Verbündeten in Südamerika weniger. Umgekehrt wäre, wie Kaczmarczyk herausarbeitet, vielleicht Imran Khan, der populäre Premierminister Pakistans, weiter im Amt, gegen den – so der Vorwurf Khans – mit Unterstützung der USA durch Militärs geputscht wurde. Der „Westen“, insbesondere die USA, wollte Khans neutrale Position im Ukrainekrieg nicht akzeptieren (175). Die Nachfolgeregierung wurde mit einem großzügigen IWF-Kredit belohnt, der Gläubiger schützt und der Bevölkerung viel abverlangt durch Kürzungen bei Bildung, Gesundheit und Sozialem.

Dieses Subjekt „Westen“, die stabile Interessengemeinschaft aus USA und seinen reichen Verbündeten, aufzubrechen, ist daher durchaus wünschenswert. Doch kann dieses Aufbrechen eben nur durch Subjekte erfolgen, die sich nicht länger als „Westen“, sondern als Mitglieder der internationalen Staatengemeinschaft in einer multipolaren und multilateralen Weltordnung verstehen. Das hat der kanadische Premier Mark Carney in seiner viel zitierten Rede in Davos im Jänner 2026 benannt, in der er beschreibt, dass die alte Ordnung immer nur vermeintlich eine regelbasierte Ordnung war, wiewohl er vermutlich nicht so weit gehen würde wie Kaczmarczyk, der – aus meiner Sicht treffend – von einem „darwinistischen Verständnis des Internationalismus“ (29) spricht, das den Westen kennzeichnet. Carney, Kaczmarczyk und ich teilen aber vermutlich mit vielen, dass diese Welt einer „regelbasierten Ordnung“ nicht zurückkehrt und es daher notwendig ist, dass die Länder bewusst eine eigenständige und pragmatische Politik der internationalen Zusammenarbeit forcieren sollten – auch und gerade mit Staaten des Globalen Südens. Statt des „Westens“ wären dann die Mitgliedsstaaten der EU sowie die EU selbst die Akteure, die handeln müssten.

Damit komme ich zum zweiten Begriff, den ich problematisieren möchte:

„Ignoranz“. Mit Ignoranz benennt Kaczmarczyk den aus seiner Sicht bedeutsamen Fehler, kurzfristige Eigeninteressen vor langfristige Vorteile zu stellen. Dem stimme ich zu, wiewohl ich dies anders begründen würde. Für Kaczmarczyk führt die Doppelmoral des Westens dazu, dass seine Glaubwürdigkeit in der internationalen Zusammenarbeit schwindet und damit auch die Unterstützung für deutsche und europäische Interessen in der internationalen Politik. Dafür liefert er zahlreiche Beispiele, von der schwachen Unterstützung der EU-Ukrainepolitik bis hin zur französischen neokolonialen Politik. Für letztere liefert Kaczmarczyk zwei wichtige, aber wenig bekannte Beispiele: Haiti, ein brutales Beispiel von Schuldknechtschaft, und den Währungsverbund Franc-CFA, der die Währung afrikanischer Staaten zuerst an den französischen Franc und dann an den Euro gekoppelt hat (127 ff.).

Doch die Doppelmoral geht in Deutschland, Frankreich und Europa einher mit einer Dogmatik, die diese Doppelmoral gar nicht mehr wahrhaben kann, weil sie an dieser Politik auch dann festhält, wenn sie einem selbst schadet. Dies gilt heute für den Marktliberalismus. Dieser steht – zu Recht – im Zentrum der Kritik Kaczmarczyks, wiewohl unklar bleibt, warum er diesem gerne Adjektive wie „primitiv“ (31), „exportiert“ oder „krud“ (148) voranstellt. Was wäre im Unterscheid dazu ein „reiner“ Marktliberalismus? Eindrucksvoll analysiert er jedoch die fatalen Konsequenzen marktliberaler Politik im Globalen Süden. Er zeigt das Leid, das IWF-Kredite für die Bevölkerung bedeuten (z.B. in Kenia) und wie dies autoritäre Strukturen schafft (z.B. in Simbabwe). Doch all dies ist nicht „ignorant“, denn bei dieser marktliberalen Politik gibt es immer auch rational kalkulierende Gewinner:innen. Dazu zählen allen voran die Gläubiger:innen, das heißt Vermögensbesitzer:innen in Nord und Süd, deren Vermögen durch marktliberale Politik wachsen. Der „Kulturkampf gegen Entwicklungshilfe“ (50), den rechte Parteien führen, ist daher nicht „ignorant“, sondern interessengeleitet und ergibt sich aus einem sozialdarwinistischen Weltbild, das mit dem Marktliberalismus bestens vereinbar ist (Ibled 2023).

Kaczmarczyk zieht den sich aus seinen eigenen Argumenten ergebenden Schluss nicht, dass es aktuell eben nicht um wie immer definierte „Kulturkämpfe“ geht, sondern um eine Auseinandersetzung für und gegen den Marktliberalismus im Globalen Norden und Süden. Aktuell stehen die wirtschaftlich und politisch Mächtigen in Europa auf der Seite des Marktliberalismus, doch seine „liberale Utopie“ ist, wie Karl Polanyi (2001) für die 1930er-Jahre zeigte, eine Illusion, die scheitern muss. Hierin liegt auch einer der wenigen Punkte, wo ich Kaczmarczyks Einschätzung nicht teile: Das Friedensprojekt des Völkerbunds, dem Kaczmarczyks nachzuweinen scheint (12), war in der Zwischenkriegszeit das gleiche illusionäre Projekt wie das Friedensprojekt der neoliberalen Globalisierung am Ende des 20. Jahrhunderts. Der Völkerbund propagierte Frieden und setzte brutale „Strukturanpassungsprogramme“ durch, mit Konsequenzen, die Polanyi sarkastisch schon für die Völkerbundanleihe an Österreich in den 1920er-Jahre so kommentierte: „Vienna became the Mecca of liberal economists on account of a brilliantly

successful operation on Austria's krone which the patient, unfortunately, did not survive“ (Polanyi 2001, 25). Ludwig von Mises, ein Doyen des Marktliberalismus, war in diese Verhandlungen mit dem Völkerbund eingebunden; seine Schüler Haberler und Machlup sahen den wirtschaftsliberalen Kosmopolitismus des Völkerbunds als Vorbild bei der Schaffung der Welthandelsorganisation WTO.

Ein solidarischer Kosmopolitismus kann davon wenig lernen, ebenso wenig eine solidarische Wirtschaftspolitik. Realistische wirtschaftspolitische Programme, solidarisch oder nicht, müssen heute alle dem Staat eine Schlüsselrolle geben – wie in den 1930er-Jahren. In Europa führt dies aktuell zu immer autoritäreren Formen des Neoliberalismus, die jedoch einer pragmatischen Wirtschafts- und Industriepolitik, wie sie vor allem China praktiziert, auch im kapitalistischen Wettbewerb unterlegen scheinen. Selbst wer heute den europäischen Kapitalismus retten will, sollte sich schleunigst vom Marktliberalismus verabschieden. Ob Europas Eliten dazu willens und imstande sind, wird sich zeigen.

Davon unabhängig sollten Gewerkschaften und Umweltbewegung, linke und grüne Parteien eine tragfähige Alternative zum Marktliberalismus entwickeln. Für so eine neue internationale Weltwirtschaftsordnung braucht es bessere historische Vorbilder als den Völkerbund: zum einen die Bretton-Woods-Nachkriegsordnung von kontrollierten Finanzmärkten und nationalem Wohlfahrtskapitalismus, zum anderen die Neue Internationale Weltwirtschaftsordnung (NIEO), wie sie seit der asiatisch-afrikanischen Konferenz in Bandung 1955 gefordert wurde. An diese Traditionen anschließend, fordern Gabor und Sylla für das 21. Jahrhundert ein „Green Bandung Woods“ (Gabor/Sylla 2023), eine Kombination des Klassenkompromisses der Nachkriegsordnung mit einer neuen Kooperation auf Augenhöhe zwischen Globalem Norden und Globalem Süden. Dies scheint eine Vision zu sein, die viel mit der von Patrick Kaczmarczyk geforderten neuen Weltordnung gemein hat.

LITERATUR

Chang, H.-J. (2010). 23 Things They Don't Tell You about Capitalism. Penguin.

Gabor, D./Sylla, N. S. (2023). Derisking Developmentalism: A Tale of Green Hydrogen. *Development and Change* 54 (5), 1169–1196. <https://doi.org/10.1111/dech.12779>.

Ibied, C. (2023). The 'Optimistic Cruelty' of Hayek's Market Order: Neoliberalism, Pain and Social Selection. *Theory, Culture & Society* 40 (3), 81–101. <https://doi.org/10.1177/02632764221126305>.

Kaczmarczyk, P. (2022). Kampf der Nationen: Wie der wirtschaftliche Wettbewerb unsere Zukunft zerstört. Westend Verlag.

Kaczmarczyk, P. (2023). Raus aus dem Ego-Kapitalismus: Für eine Wirtschaft im Dienste des Menschen. Westend Verlag.

Polanyi, K. (2001). The Great Transformation. The Political and Economic Origins of Our Times. Beacon Press.

